

## Antrag

Fraktion der CDU  
Fraktion der FDP

Hannover, den 23.08.2007

### Europäische Dimension in den Lehrplänen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Europäischen Union auch für das Land Niedersachsen ist es notwendig, in den Lehrplänen aller Schulformen die europäische Dimension verstärkt zu berücksichtigen und die europäische Idee an den Schulen in Niedersachsen durch gezielte Maßnahmen stärker zu verankern.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung:

- die Vorgaben des Beschlusses der Kultusministerkonferenz zu „Europa im Unterricht“ im Hinblick auf die veränderten politischen Realitäten in Europa weiterzuentwickeln und eigene Leitlinien für die Umsetzung in den Lehrplänen in Niedersachsen zu erstellen.
- die europäische Dimension integrativ und in verschiedenen Themenfeldern zu behandeln.
- in der Sekundarstufe I in den Fächern Erdkunde und Geschichte die europäische Dimension zu stärken.
- im gymnasialen Fach Politik-Wirtschaft die EU als obligatorisches Schwerpunktthema zu erhalten.
- den Fremdsprachenunterricht verstärkt in die Vermittlung von europabezogenen Kenntnissen und Kompetenzen einzubeziehen.
- im Rahmen der eigenverantwortlichen Schulen Profilbildungen mit europäischem Bezug im Sinne des Erlasses „Europaschule“ vom 22.10.1996 zu unterstützen.
- Partnerschaften, Kooperationen und Austauschprogramme mit Schulen in allen Mitgliedstaaten der EU auszuweiten.

#### Begründung

Die Europäische Union hat dieses Jahr den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert und kann auf eine erfolgreiche Integration ihrer Mitgliedstaaten zurückblicken. Die Europäische Union hat sich als Friedensgarant und Wirtschaftsmotor für Europa erwiesen. Der gemeinsame Binnenmarkt hat den Menschen in Europa Zugang zu neuen Produkten und Märkten und insgesamt größeren Wohlstand gebracht. Vielfältig greift die Politik der Europäischen Union mittlerweile in unsere Lebensgestaltung ein.

In einem eklatanten Missverhältnis hierzu stehen die Tatsachen, dass die EU in Deutschland wenige Menschen interessiert und dass Kenntnisse über die EU wenig verbreitet sind. So hat das Eurobarometer vom Herbst letzten Jahres gezeigt, dass das Wissen über die EU im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten eher unterdurchschnittlich ist. Beispielsweise halten noch 44 % der Menschen

in Deutschland die Aussage für richtig, dass die EU aus 15 Staaten besteht, während dies im EU-Durchschnitt nur bei 35 % der Fall ist. Das Eurobarometer hat auch verbreitete negative Einstellungen gegenüber der EU aufgezeigt. So befürchten 85 % der Menschen die Verlagerung von Arbeitsplätzen, nur 37 % sind mit der europäischen Demokratie zufrieden.

Europa fängt aber bei den Menschen an. Wir brauchen eine bessere Information über die Strukturen der EU, über laufende Veränderungen und deren Auswirkungen und wir brauchen vor allem ein Bewusstsein für die Bedeutung europäischer Themen. Ein wesentlicher Grundstein dafür wird in der Schule gelegt, in der sowohl Wissen wie auch Kompetenzen vermittelt werden sollen. Die Europäische Akademie Berlin hat hierzu im März dieses Jahres eine vergleichende Studie über die Umsetzung der europäischen Dimension in den Lehrplänen der Bundesländer vorgestellt. Darin zeigt sich ein sehr differenziertes Bild abhängig von den Schulfächern, der jeweiligen Schulform und den bildungspolitischen Ansätzen der jeweiligen Bundesländer.

Grundlage für die Vermittlung des Themas Europa im Unterricht ist ein Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.06.1978, der zuletzt am 07.12.1990 überarbeitet wurde. Dieser spiegelt die europäische Realität im Jahre 2007 nicht mehr wieder, da er noch von einer Gemeinschaft mit 12 Mitgliedern ohne Binnenmarkt, Währungsunion und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausgeht. Die allgemein gehaltenen Forderungen zu den Zielvorstellungen hinsichtlich Wissen und Einstellungen sind aber nach wie vor gültig. So wird im Wissensbereich auf ein solides Grundwissen u. a. über die geographische Vielfalt, die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, die Entwicklung des europäischen Rechts-, Staats- und Freiheitsdenkens, die Vielfalt der gemeinsamen Kultur, die Geschichte der Integrationsbestrebungen und die Arbeitsweise der europäischen Institutionen abgezielt. Im Bereich der Einstellungen spielen die Bereitschaft zur Verständigung, kulturübergreifende Aufgeschlossenheit, das Eintreten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und der Wille zur Wahrung des Friedens eine Rolle.

In Niedersachsen war die EU bisher im Politikunterricht der Sekundarstufe II im zweiten Halbjahr der 11. Klasse ein Schwerpunktthema. Dies verlagert sich mit dem Übergang auf das Abitur nach 12 Jahren und das neue gymnasiale Fach Politik-Wirtschaft auf die 10. Klasse. Ansonsten ist in der Sekundarstufe I ein vergleichbares Schwerpunktthema zu Europa nicht vorgesehen. So wird z. B. in der Hauptschule im Erdkundeunterricht Europa als Teilbereich innerhalb der Unterrichtseinheit „Deutschland und Europa“ behandelt, die insgesamt auf nur 14 Unterrichtsstunden angelegt ist. Hier sollte Europa auch im Hinblick auf den Anteil an den vorgesehenen Unterrichtsstunden stärker berücksichtigt werden. In der Praxis finden sich auch integrative Ansätze, wenn z. B. beim Thema „Sucht“ auch die Vorgaben zum Nichtraucherschutz auf europäischer Ebene und in den einzelnen Mitgliedstaaten behandelt werden. Eine Stärkung dieser integrativen Ansätze kann zur besseren Vermittlung des Bewusstseins für europäische Aspekte beitragen. Neben den Vorgaben der Lehrpläne spielt dabei das Engagement der Lehrkräfte eine entscheidende Rolle.

David McAllister MdL  
Fraktionsvorsitzender  
der CDU-Fraktion

Dr. Philipp Rösler MdL  
Fraktionsvorsitzender  
der FDP-Fraktion